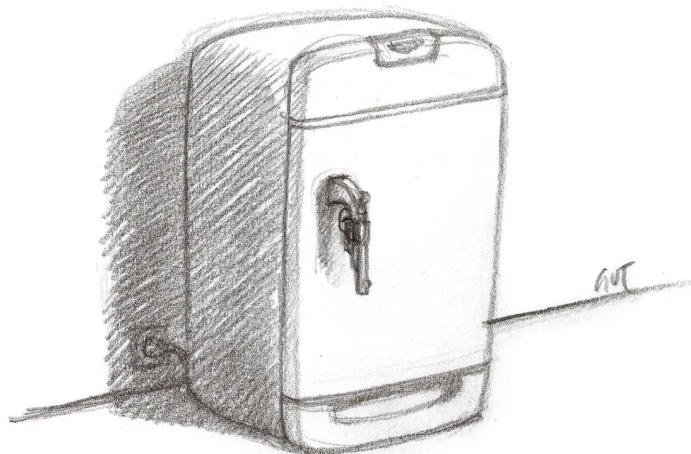


GASTKOMMENTAR

Der Kalte Krieg ist kein kalter Kaffee. Die Ost-West-Konfrontation hat nach 1989 niemals wirklich geendet – das wird von westlichem Wunschdenken gern verdrängt

In Bezug auf die Frage, warum nach 1991 Russland «verlorengegangen» sei, ergeht sich der Westen gerne in Selbstvorwürfen. Dabei fand der imperiale Anspruch des Kremls auch nach dem Untergang der Sowjetunion kein Ende. So ist denn vieles, was derzeit auf den Tisch kommt, ein Déjà-vu.

Thomas Speckmann
167 Kommentare →
22.01.2022, 05.30 Uhr



Es war einmal eine Erzählung in Europa: 1989 fiel die Mauer – erst in Deutschland zwischen Ost und West, dann in Europa. Der Kalte Krieg endete. Der Westen strich die Friedensdividende ein. Der Osten übernahm Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft. Es war dies das legendäre Ende der Geschichte.

Zu dieser Erzählung gehört auch die Vorstellung, nicht nur der Kalte Krieg, sondern auch die Ost-West-Konfrontation habe Anfang der neunziger Jahre geendet. Daher wird heute immer lauter gefragt, wie es habe kommen können, dass sich Moskau erneut vom Westen abgewandt habe. Diese Fehlersuche wird seit Jahren betrieben – spätestens seit

Putins Auftritt auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, der als Anmoderation der erneuerten Konfrontation gilt. Von strategischen Fehlern im westlichen Verhalten gegenüber Russland schon seit den neunziger Jahren ist seitdem viel die Rede – gerade auch in den westlichen Hauptstädten.

Vergessen bis verklärt wird dabei allerdings, wie es um die Beziehungen zwischen Ost und West wirklich stand. Der grundlegende Irrtum der Nachwendejahre, nun werde sich alles zum Guten wenden aus westlicher Perspektive, bildet immer noch den Ausgangspunkt für die Enttäuschung über das heutige Agieren Russlands. Denn in Wirklichkeit hat es kein Ende der Geschichte gegeben und auch kein Ende der Ost-West-Konfrontation. Sie setzte sich fort und veränderte lediglich Gesicht und Gestalt.

Putschversuch in Vilnius

Bereits während der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes versuchte Moskau eine Neuordnung im Baltikum und im Kaukasus, und dies mit militärischen Mitteln. In Litauen stellten sich Anfang 1991 moskautreue Kräfte mit Unterstützung von sowjetischem Militär gegen die Unabhängigkeit der ersten sowjetischen Unionsrepublik, die diesen Schritt gewagt hatte – was vom Kreml unter Michail Gorbatschow als «rechtswidriger Akt» verurteilt wurde. Doch ein Putschversuch in Vilnius scheiterte.

Weitere blutige Konflikte folgten und prägten die neunziger Jahre: Bürgerkriege entlang ethnischer Bruchlinien in Georgien und der Moldau; der erste Tschetschenienkrieg, begonnen von Boris Jelzin; der zweite Tschetschenienkrieg, von Putin mit noch grösserer Brutalität und Härte geführt und erst nach zehn Jahren beendet. Mit all diesen Auseinandersetzungen statuierte der Kreml ein Exempel, wie er mit weiteren Unabhängigkeitsbestrebungen innerhalb der Russischen Föderation umzugehen plante.

Russlands Interessensphäre umfasst fast jede grössere sicherheitspolitische Herausforderung der Gegenwart.

Angesichts dieser Entwicklung im postsowjetischen Raum wuchs schon

damals die Sorge in Ostmitteleuropa, zu einem neuen Cordon sanitaire zu werden, zu einer Pufferzone zwischen Ost und West, womöglich erneut aufgeteilt in eine östliche und eine westliche Interessensphäre. Und in der Tat: Das Ringen zwischen Russland und dem Westen um Macht und Einfluss in Europa setzte sich weiter fort. Dies spiegelte sich nicht zuletzt in der Auseinandersetzung über eine Weiterentwicklung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu Beginn der neunziger Jahre. Für die Mitglieder von EU und Nato stand die weitere Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten im Fokus. Moskau lehnte dies als Einmischung in innere Angelegenheiten ab.

In der Folge blieb die grosse Vision einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung nach dem Ende des Kalten Krieges ebendies – eine Vision. Stattdessen orientierte sich Ostmitteleuropa mehr und mehr nach Westen, um das sicherheitspolitische Vakuum zumindest zu reduzieren. Mitgliedschaften in EU und Nato waren die Konsequenz. Und auch Washington zeigte sich ernüchtert. Das Pentagon mahnte bereits 1992, dass Russlands demokratische Entwicklung nicht irreversibel sei, dass es die einzige Macht der Welt bleibe, die in der Lage sei, die USA zu zerstören, und dass eine Wiedereingliederung der Ukraine und Weissrusslands in die Russische Föderation die Stabilität in Europa gefährden würde – eine Warnung, vor nunmehr dreissig Jahren ausgesprochen, die aktueller denn je erscheint.

Jelzins «kalter Friede»

Und schon damals zeichnete sich in Moskau ein Trend ab, dessen Folgen heute vollends sichtbar werden: die Renationalisierung der russischen Sicherheitspolitik. Diese wurde für den Westen spürbar nicht zuletzt in den Kriegen auf dem Balkan, wo Russland sowohl Interventionen scharf kritisierte als auch Uno-Mandate im Sicherheitsrat verwehrte.

Von einem möglichen «kalten Frieden» hatte Jelzin bereits auf dem KSZE-Gipfel 1994 gesprochen. Und Verteidigungsminister Pawel Gratschow drohte damit, Russlands Streitkräfte an der Grenze zum Westen aufmarschieren zu lassen – als Antwort auf die von den baltischen Staaten, Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Rumänien und Bulgarien direkt nach ihrer Herauslösung aus dem sowjetischen Imperium angestrebte Mitgliedschaft in der Nato. Und schon damals stellte der Fall Ukraine für den Kreml eine rote Linie dar: Eine Nato-Mitgliedschaft Kiews sollte in den Augen Moskaus noch nicht einmal eine Perspektive sein. Ehemalige Sowjetrepubliken sollten für das nordatlantische Verteidigungsbündnis tabu bleiben – ein imperialer Anspruch, dem sich die baltischen Staaten entzogen, als sie

2004 Nato-Mitglieder wurden.

Zwei Wochen nach dem 11. September hielt Putin 2001 eine Rede im Deutschen Bundestag. Dort betonte er, dass der Kalte Krieg vorbei sei. Unter dem Eindruck der verheerenden Terroranschläge in New York und Washington entstand damals eine weitere Fehlwahrnehmung im Westen: Nun ende die Ost-West-Konfrontation endgültig. Nun hätten Ost und West einen gemeinsamen Gegner. Beide ständen sie Seite an Seite im Kampf gegen den globalen Terror.

Zwar stimmte Russland dieses Mal im Uno-Sicherheitsrat – anders als im Kosovokrieg 1999 – einer westlichen Intervention in Afghanistan zu. Zwar war Moskau einverstanden damit, dass die USA eine ehemalige sowjetische Luftwaffenbasis in Usbekistan für ihren Feldzug gegen die Taliban nutzten. Dasselbe galt für die Einrichtung eines weiteren Luftwaffenstützpunkts in Kirgistan. Aber je länger sich die Kampfhandlungen in Afghanistan hinzogen, desto stärker forderte Moskau den Abzug der Amerikaner von diesen Basen. Erneut fühlte sich der Kreml in seiner Interessensphäre gestört – dieses Mal nicht in Ostmitteleuropa, sondern in Zentralasien.

Ebenhier liegt ein weiterer Denkfehler im Westen. Um verstehen zu können, warum die Ost-West-Konfrontation nicht endete, ja nicht enden konnte, ist ein Blick auf Russlands Interessensphäre notwendig. Sie zieht sich nicht nur wie ein Bogen über mehrere Kontinente. Sie umfasst beinahe jede grössere sicherheitspolitische Herausforderung der Gegenwart. Im Osten wächst China zu einer neuen globalen Supermacht heran. Östlich davon befindet sich die neue Nuklearmacht Nordkorea. Im Süden liegt die etwas ältere Atommacht Pakistan, eng verwoben mit den Konfliktherden Afghanistan und Indien. Ein weiterer südlicher Nachbar Russlands ist Iran – das unverhohlen nach nuklearer Bewaffnung strebt.

Ein gewaltiger Krisenbogen

Bei beinahe jeder dieser sicherheitspolitischen Herausforderungen stehen sich Moskau und Washington nicht als Partner, sondern als Gegner oder zumindest als Konkurrenten gegenüber: Mit Peking verbindet Moskau nicht nur die systemische Rivalität beider Diktaturen mit dem Westen. Russland und China zeigen sich auch miteinander solidarisch, wenn sie zeitgleich militärische Drohkulissen gegenüber den Nachbarn Ukraine und Taiwan aufbauen.

Auch Nordkorea verbindet Moskau und Peking. Das nordkoreanische

Regime wäre ohne ihre Unterstützung nicht überlebensfähig. Unlängst forderten sie gemeinsam ein Ende von Sanktionen gegen Pjongjang. Mit Pakistan und Indien wiederum bilden Russland und China die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit, der aus der russischen Interessensphäre neben Kasachstan auch Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan angehören. Ihre sicherheitspolitische Zusammenarbeit wird von militärischen Grossmanövern begleitet.

In Russland spricht man bereits von einer «Anti-Nato» oder einem «Warschauer Pakt 2». Als ein gemeinsames Ziel gilt die Eindämmung des amerikanischen Einflusses in Zentralasien. Dort werden Russland und China nach dem westlichen Abzug aus Afghanistan ohnehin als geopolitische Profiteure gesehen. Und schliesslich Iran: Russland und China bestreiten nicht nur die grössten Waffenexporte an die Islamische Republik. Sie halten auch gemeinsame Marinemanöver ab. Peking ist darüber hinaus als letzter verbliebener Importeur iranischen Öls eine zentrale Stütze des Mullah-Regimes.

Angesichts dieses Krisenbogens um Russland und der sich darin spiegelnden sicherheitspolitischen Gegensätze dürfte es auf absehbare Zeit nicht zu einem Ende der Ost-West-Konfrontation kommen. Der Kreml hat zudem das imperiale Denken nicht abgelegt. Dies hätten spätestens Moskaus Krieg gegen Georgien 2008, die russische Annexion der Krim und der Krieg in der Ostukraine 2014 dem Westen vor Augen führen müssen. Russlands jüngste militärische Intervention in Kasachstan setzt zudem eine Tradition fort, die an die sowjetische Niederschlagung von Aufständen gegen die kommunistische Herrschaft in der DDR 1953, in Ungarn 1956, in der CSSR 1968 und in Afghanistan 1979 anschliesst.

Die Unruhen in Kasachstan wecken in Russland Erinnerungen an die «Farbenrevolutionen» in Georgien 2003, der Ukraine 2004 und Kirgistan 2005. Umso mehr versucht Putin nun, eine solche Revolution im Keim zu ersticken. In seiner Interessensphäre duldet Moskau keine Opposition und schon gar keine Revolution – das war im Kalten Krieg so und ist heute nicht anders.

Thomas Speckmann ist Historiker, Politikwissenschaftler und Lehrbeauftragter am Historischen Institut der Universität Potsdam.

167 Kommentare

Bernhard Keim vor 10 Tagen

43 Empfehlungen

Sehr guter Artikel, aber unheimlich muten viele Kommentare dazu an. Dass man in eigener Sache argumentiert um den eigenen Standpunkt zu verteidigen ist verständlich, aber die Vehemenz mit der hier viele just das Erbe einer Diktatur verteidigen, stimmt bedenklich. . Kommt das Gespräch auf Russland findet man auf einmal ganz viel Verständnis für den Gegner von Menschenrechten, Souveränität, Demokratie und Rechtsstaat. Woran liegt das? Was bitte macht Russland so richtig, dass wir uns daran ein Beispiel nehmen sollten? Ich finde dort in politischer Hinsicht nichts, was es bei uns nicht auch und nicht in wesentlich besserer Ausführung gäbe. Dafür eine ganze Menge Fehlentwicklungen, die wir auf keinen Fall kopieren sollten. Wer ein Feind der Offenen Gesellschaft ist, mag in Putin seinen Verbündeten finden. Aber mit Diktatur lassen sich die Herausforderungen der Zukunft halt nun einmal nicht bewältigen. Wer Diktatur verteidigt hat sich von der Zukunft schon verabschiedet, blickt nicht mehr nach vorne, sondern nach hinten, sucht sein Heil in der Vergangenheit um so ziemlich jede Schweinerei auch gegen und vor allem die eigenen Bürger zu legitimieren. Eine vergangenheitsbasierte Politik beruht nicht auf Werten, sondern auf Erbe, das es um jeden Preis zu erhalten gilt und erinnert an die Fürstenhäuser vergangener Epochen, die nicht mit der Zustimmung des Volkes und durch das Volk regierten. Nicht Abstimmung, sondern Abstammung legitimiert in diesem Neofeudalismus wieder den Regenten.

Bernhard Keim vor 10 Tagen

29 Empfehlungen

Putin findet in jenen, die von Veränderung und Wandel nichts wissen wollen seine natürlichen Verbündeten. Er hat einen Vorteil: Das Selbstverständnis des demokratischen Staates beruht auf seiner Unvollkommenheit. Jede Veränderung fordert ihn heraus. Jede Herausforderung verlangt nach einer Antwort und neue Herausforderungen neue Antworten. Nur demokratische Gesellschaften können die notwendige Dynamik entfesseln und meistern. Ohne Veränderung kein Fortschritt. Immer gibt es etwas zu verändern und zu verbessern. Die notwendigen Maßnahmen benötigen Legitimation. Wäre denn alles perfekt, könnte man die Parlamente nach Hause schicken. Kennzeichen aller, aber auch aller Diktaturen war schon immer, dass sie Vollkommenheit für sich in Anspruch nehmen, keine Diskussion mehr zulassen und eben das Parlament nach Hause schicken. Was übrig bleibt ist bestenfalls ein Akklamationsorgan, wie die derzeitige Duma. Die ins Lächerliche kippenden, operettenhafte Auftritte Putins im Kreml bestätigen ds. Ein Tor geht auf, Fanfaren erschallen, Er schreitet hindurch während zwei Soldaten in Nußknackerkostüm stramm salutieren. Der versammelte Hofstaat applaudiert, Noch mehr Fanfare etc.). Putins imperiales Gehabe ist nur Cream on the Top, das seinem Cäsarenwahn Rechnung trägt.

Alle Kommentare anzeigen

Passend zum Artikel



GASTKOMMENTAR

Warum verlor der Westen Russland? – Gewiss gab es strategische Fehler, entscheidend aber war das politische Naturell des KGB-Mannes Wladimir Putin

13.11.2021



GASTKOMMENTAR

Hart und smart – der Westen muss zu einer einheitlichen Strategie finden, wenn er gegenüber Xi Jinpings China bestehen will

20.09.2021



GASTKOMMENTAR

Unter Amerikas mächtigen Feinden braut sich etwas zusammen – die USA geraten mit ihrer Konzentration auf China in ein sicherheitspolitisches Dilemma

09.01.2022



Mehr zum Thema Russland

[Alle Artikel zum Thema >](#)

DIE NEUSTEN ENTWICKLUNGEN

Krise um die Ukraine: Russland sendet USA Antwortschreiben, Familienangehörige von US-Diplomaten sollen Weissrussland verlassen

Aktualisiert vor 4 Stunden



DIE NEUSTEN ENTWICKLUNGEN

Pipeline Nord Stream 2: US-Regierung warnt, russische Ukraine-Invasion würde Aus für Nord Stream 2 bedeuten

Aktualisiert 31.01.2022



Wladimir Putin gefällt sich als Rätsel – der russische Präsident präsentiert ein sorgfältig konstruiertes Selbstbild

31.01.2022



Weitere Themen [Nato](#)

Für Sie empfohlen

[Weitere Artikel >](#)

Wo neue Corona-Massnahmen drohen – und alles Weitere zum Coronavirus in Deutschland in 20 Grafiken

vor 37 Minuten



INTERAKTIV

So schnell impft die Welt gegen Corona

Aktualisiert 31.01.2022



DIE NEUESTEN ENTWICKLUNGEN

Coronavirus weltweit: Pandemie führt zu riesigem Berg an Medizinabfall

Aktualisiert vor 4 Stunden



INTERVIEW

«Das Risiko bei vernetzten Autos ist heute akzeptabel»

31.01.2022



Schlemmen im arktischen Norden: Leuchten über Grönland schon bald Michelin-Sterne?

31.01.2022



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.